



---

## **Ausschuß für Innere Verwaltung**

### **6. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)\*)**

18. Januar 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.30 Uhr

15.00 Uhr bis 16.40 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenographin: Heike Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

1

- erklärt sich der Ausschuß mit dem Vorschlag des Vorsitzenden einverstanden, Anträge, die dem Ausschuß zur abschließenden Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung überwiesen worden sind, nicht nur, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, in der letzten diesbezüglichen Sitzung öffentlich zu erörtern, sondern, sollte sich die Beratung über mehrere Sitzungen hinziehen, in allen Sitzungen öffentlich zu diskutieren;
- stimmt der Ausschuß zu, heute den Tagesordnungspunkt 8 - Sicherung der Einsatzfähigkeit der nordrhein-westfälischen Bereitschaftspolizei - ausnahmsweise auch ohne vorherige Ankündigung in der Tagesordnung öffentlich zu beraten, da ansonsten eine Erledigung nicht mehr fristgerecht erfolgen könnte.

---

\*) öffentlicher Teil siehe APr 12/141

**1 Aktuelle Viertelstunde**

- a) **Diebstahl von 62 000 DM aus der Asservatenkammer der Polizeiinspektion Bielefeld-Ost (siehe Anlage 1)**

1

Um die laufenden Ermittlungen nicht zu gefährden, verzichtet der Innenminister auf einen Bericht.

- b) **Erpressung des DRK-Landesverbandes Nordrhein durch unbekannte Autonome (siehe Anlagen 2 und 3)**

1

Die Anfrage wird im Zusammenhang mit Tagesordnungspunkt 16 - Betreuung von Abschiebehäftlingen durch das Deutsche Rote Kreuz - behandelt.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/400

Einzelplan 03 - Innenministerium  
Vorlagen 12/238 und 12/261  
Zuschriften 12/19, 12/98, 12/99 und 12/112

2

Aufgrund der Bereitschaft des Innenministers, den einzelnen Fraktionen für Informationen zur Verfügung zu stehen, wird auf eine Einzelberatung des Haushalts verzichtet.

**3 Zwölfter Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen für die Zeit vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 1994**

Vorlage 12/6

in Verbindung hiermit:

**Stellungnahme der Landesregierung zum zwölften Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen für die Zeit vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 1994**

Vorlage 12/291

sowie

**4. Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der für den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich zuständigen Aufsichtsbehörden**

Vorlage 12/290

2

Der Ausschuß verständigt sich darauf, die Berichte abschließend in seiner Sitzung am 8. Februar zu behandeln.

**4 Verbot der Scientology-Church prüfen - Scientology-Church unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stellen**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/387

Vorlage 12/351

6

Der Innenausschuß wird der Anhörung des Hauptausschusses zu dem Thema am 8. März beiwohnen und den Punkt abschließend am 18. April beraten.

**5 Durch "Mobilzeit" Arbeit familienfreundlicher und umweltgerechter gestalten**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 12/314

10

Der Ausschuß lehnt Punkt 1 des Antrages mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion ab.

Punkt 2 des Antrages wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

**6 Versorgungseleistungen drohen den Landeshaushalt zu sprengen - die Landesregierung muß tätig werden!**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/421

11

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

**7 Bürokratie abbauen - Landesregierung und Landesministerien verkleinern**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/438  
Vorlage 12/353

13

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

**8 Sicherung der Einsatzfähigkeit der nordrhein-westfälischen Bereitschaftspolizei**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/158  
Vorlage 12/274  
Zuschriften 12/209 und 12/214

16

- Kurze Stellungnahme des Ministers

(öffentlicher Teil zu dem oben genannten Tagesordnungspunkt siehe APr 12/141, Seiten 1 ff.)

**9**      **Gemeinsam die organisierte Kriminalität bekämpfen - Bundesratsinitiative des Landes Baden-Württemberg als Minimalkonsens -**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/439

16

*(siehe öffentlicher Teil dieses Protokolls, APr 12/141, Seiten 3 bis 4)*

**10**     **PKK-Terror beenden - Die türkische Bevölkerung in NRW hat Anspruch auf wirksamen Schutz des Staates!**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 12/440

17

*(siehe öffentlicher Teil dieses Protokolls, APr 12/141, Seiten 4 ff.)*

**11**     **Diebstahl einer Akte der Staatsschutzabteilung des PP Bonn (siehe Anlage 4)**

17

*(Der Bericht des Ministers und die in der Diskussion auf Fragen der Abgeordneten vom Minister mitgeteilten Einzelheiten sind der nachträglich zugegangenen Vorlage 12/390 vom 25. Januar dieses Jahres zu entnehmen.)*

**12**     **Umsetzung der kürzlich vorgelegten Gutachten der Unternehmensberatungsgesellschaften Kienbaum und Wibera zur Polizeiorganisation (siehe Anlage 5)**

17

*(Betreffend die Ausführungen des Innenministers kann auf APr 12/107, Seiten 6/7 verwiesen werden.)*

- 13 Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien (siehe Anlage 6) 17**

Auf Vorschlag des Heinrich Meyers (CDU) wird der Punkt auf die nächste Sitzung vertagt.

- 14 Bilanz der Abschiebung von Asylbewerbern 18**  
Vorlage 12/243

(Keine Diskussion)

- 15 Richtlinien der Landesregierung für den Härtefonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung von Opfern des Nationalsozialismus aus Billigkeitsgründen (MBl. NW. 1993 S. 689) (siehe Anlagen 7, 8 und 9) 18**

Der Ausschuß verständigt sich darauf, es den Sprechern zu übertragen, die weitere Vorgehensweise abzustimmen, über den Wunsch Frau Opladens zu beraten, ihr Amt im Beirat niederzulegen, und sich mit dem Vorschlag der CDU-Fraktion zu beschäftigen, als Nachfolger für Frau Opladen Herrn Meyers in das Gremium zu berufen.

- 16 Betreuung von Abschiebehäftlingen durch das Deutsche Rote Kreuz (siehe Anlagen 2 und 3) 18**

- Bericht des Ministers

- 17 **Beteiligung von Polizeibeamten an tödlichem Autorennen in Castrop-Rauxel (siehe Anlage 3)** 19

Kurze Stellungnahme des Ministers.

- 18 **Verschiedenes**  
**Informationsreise des Ausschusses nach Brüssel** 20

Als Termin für eine Reise des Ausschusses nach Brüssel einigt sich der Ausschuß auf den 27./28. März dieses Jahres.

\*\*\*\*\*



**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/400

Einzelplan 03 - Innenministerium  
Vorlagen 12/238 und 12/261  
Zuschriften 12/19, 12/98, 12/99 und 12/112

Aufgrund der Bereitschaft des Innenministers, den einzelnen Fraktionen für Informationen zur Verfügung zu stehen, wird auf eine Einzelberatung des Haushalts verzichtet.

Mit Blick auf Pressemeldungen aus jüngster Zeit äußert sich **Minister Franz-Josef Kniola** sodann zu dem Thema "Fortbildungsakademie in Herne" und macht deutlich, daß er überhaupt kein Verständnis dafür aufbringen könnte, sollte es aus fiskalischen Überlegungen zu einer Verschiebung des Baubeginns kommen. Wenngleich er also an einem Baubeginn in diesem Jahr nicht rütteln lasse, hätten Überprüfungen und insbesondere Gespräche mit dem Bauministerium betreffend den Stand des Planungsvorlaufs ergeben, daß der Mittelabfluß in 1996 höchstens bei 6,24 Millionen DM im Gegensatz zu den im Etat veranschlagten 18 Millionen DM liegen werde. Aus diesem Grunde werde die Landesregierung wahrscheinlich einen Änderungsvorschlag unterbreiten, der aber gleichwohl einen Baubeginn in diesem Jahr nach Abschluß der Vorlaufphase garantiere. Alles andere hielte er auch wegen der ökologischen Vorbildfunktion dieses Baus für nicht verantwortbar.

Auf die Frage von **Karin Hussing (CDU)**, ob für alle Fälle die neue Vorlage des Ministers eine entsprechend höhere Verpflichtungsermächtigung beinhalten würde, meint **Minister Franz-Josef Kniola**, die Gesamtsumme stehe außer Diskussion und sei als VE ausgewiesen, die natürlich entsprechend angepaßt werden müßte.

**3 Zwölfter Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen für die Zeit vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 1994**

Vorlage 12/6

in Verbindung hiermit:

**Stellungnahme der Landesregierung zum zwölften Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen für die Zeit vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 1994**

Vorlage 12/291





Anlage 1 zu APr 12/140  
Landtag Nordrhein-Westfalen

Heinz Paus MdL

Landtag NRW Paus MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden des Innenausschusses  
im NRW-Landtag  
Herrn Klaus Stallmann MdL  
Mengeder Str. 4

44536 Lünen

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Tel. (02 11) 88 4 - 2735

Wahlkreisbüro  
Emilienstr. 12  
32756 Detmold  
05231/31464

Privatanschrift  
Uferstr. 13  
32760 Detmold  
05231/570901

21.12.1995

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

namens der CDU-Fraktion bitte ich Sie, für die aktuelle Viertelstunde der nächsten Sitzung des Innenausschusses folgendes Thema vorzusehen:

Diebstahl von 62.000 DM aus der Asservatenkammer der Polizeinspektion Bielefeld-Ost.

Ich füge dazu Kopie eines Artikels aus der Neuen Westfälischen vom 15.12.1995 bei.

Uns hat an dem Artikel alarmiert, daß nach den tatsächlichen Gegebenheiten der Täter nur aus einem kleinen Kreis der Polizeibeamten in dieser Inspektion stammen kann.

Mit freundlichem Gruß  
Ihr

Heinz Paus MdL

Innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

1. Fax an WM (Fr. Block)

2. Wv (Sitzung 18.1.)

9.1.96

## Aus der Asservatenkammer im alten Präsidium am Kesselbrink verschwanden 62 000 Mark Schwarzes Schaf in Reihen der Polizei

Bielefeld (Kle). Ausgerechnet aus der Asservatenkammer der Polizeinspektion Ost im alten Präsidium am Kesselbrink ist eine Plastiküte mit 62 000 Mark gestohlen worden. Das Geld gehörte einer verwirrten 86jährigen. Polizeibeamte hatten es zur Sicherheit eingeschlossen, jedoch nicht mit einem schwarzen Schaf in den eigenen Reihen gerechnet.

Wie die Polizei erst jetzt bekanntgab, war die Geldtüte mit vielen Scheinen Anfang Juli in einem Innenstadtrestaurant gefunden und bei der Polizei

abgegeben worden. Es gelang den Ordnungshütern, die Eigentümerin zu ermitteln. Als sie auf der Wache erschienen, um ihr Geld abzuholen, machte die alte Dame jedoch einen sehr verwirrten Eindruck. Ihr wurde nur ein geringer Betrag ausgehändigt, „um zu vermeiden, daß das Geld nach kurzer Zeit wieder abhanden gekommen wäre“, heißt es im Polizeibericht.

Ziel sei gewesen, Angehörige oder eine Vertrauensperson der Seniorin zu ermitteln, um ihnen den Geldbe-

trag zu übergeben. Die Suche habe sich lange hingezogen und sei letztlich ergebnislos verlaufen. Inzwischen seien die 62 000 Mark verschwunden gewesen.

Über den Zeitpunkt, zu dem dies entdeckt wurde, gibt die keine Auskunft, „um die weiteren Ermittlungen nicht zu stören“. Es seien aber, so wird versichert, sofort Staatsanwaltschaft, Bezirksregierung in Detmold und Innenministerium informiert worden. Polizeipräsident Horst Kruse habe eine häuselige Ermittlungskommission

eingesetzt, die nur aus Mitgliedern anderer Abteilungen bestehe.

Die alte Dame habe ihr Geld inzwischen zurückerhalten: aus der Landeskasse. Den Schlüssel zu der mit einer Stahltür gesicherten Asservatenkammer im Keller geschloß — früher auf der Wache für diensthabende Mitarbeiter problemlos zugänglich — hütet nun im Tagdienst ein extra eingesetzter Asservatenverwalter. Zu anderen Zeiten ist allein der jeweilige Wachdienstführer der Polizeinspektion zuständig.



Stefan Frechen MdL  
Innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

SPD-FRAKTION  
DES LANDTAGES  
NORDRHEIN-  
WESTFALEN

SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen · 40221 Düsseldorf

10. Januar 1996

K0112bh1

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
für Innere Verwaltung  
Herrn Klaus Stallmann MdL

- im Hause -

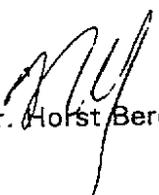
Sehr geehrter Herr Kollege Stallmann,

namens der SPD-Landtagsfraktion bitte ich, für die am 18. Januar 1996 stattfindende Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema "Erpressung des DRK-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen durch unbekannte Autonome" vorzusehen.

Nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins "Focus" ist der DRK-Landesverband Nordrhein-Westfalen von unbekanntem Autonomen mit dem Ziel erpreßt worden, keine psychosoziale Betreuung von Abschiebehäftlingen durchzuführen, um die Abschiebepaxis nicht zu legitimieren. Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen sollte dazu Stellung nehmen, ob die Berichte zutreffen und welche Gegenmaßnahmen ergriffen wurden.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Stefan Frechen

f.d.R.

  
(Dr. Horst Berghoff)

USA 8.196

## Isylas DRK von Autonomen erpreßt worden?

„Beugen uns der Gewalt“

München — Der Landesverband Nordrhein des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) ist nach einem Bericht des „Focus“ von unbekanntem Autonomen erpreßt worden. „Ja, wir haben Angst und beugen uns der Gewalt“, bestätigte der Geschäftsführer des DRK-Landesverbands, Nordrhein, Günther Neuses, gegenüber dem Magazin. Begleitet von Morddrohungen und Farbanschlägen hätten die Linksextremisten gefordert, daß das Deutsche Rote Kreuz im Rheinland keine psychosoziale Betreuung von Abschiebehäftlingen durchführen solle, weil damit nur die Abschiebep Praxis legitimiert würde. Der DRK-Landesverband beteiligte sich daraufhin nicht an dem Projekt, das der nordrhein-westfälische Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) vergangene Woche vorgestellt hat. Abzuschickende Asylbewerber werden jetzt nur im Bereich Westfalen-Lippe psychosozial betreut. (EB)



LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN

Heinz Paus

MdL

Innenpolitischer Sprecher  
der CDU-Landtagsfraktion

Anlage 3 zu APr 12/140

10.01.1996  
40221 Düsseldorf, den  
Platz des Landtags 1, Postfach 10 11 43  
Tel.: (02 11) 88 40 Durchw. 8 84-27 35

32760 Detmold  
Uferstraße 13  
Tel.: (0 52 31) 57 09 01

An den  
Vorsitzenden des  
Ausschusses für Innere Verwaltung  
Herrn Klaus Stallmann MdL

- im Hause -

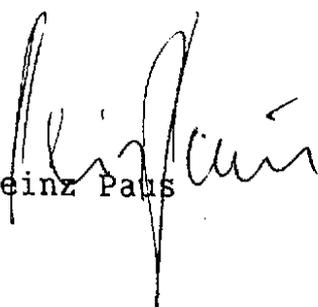
Sehr geehrter Herr Kollege Stallmann,

namens der CDU-Landtagsfraktion bitte ich, für die nächste Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung Berichte des Innenministers zu den Themen "Betreuung von Abschiebehäftlingen durch das Deutsche Rote Kreuz" und "Beteiligung von Polizeibeamten an tödlichem Autorennen in Castrop-Rauxel" vorzusehen.

Wie Presseberichten zu entnehmen war, hat der Landesverband Nordrhein des Deutschen Roten Kreuzes seine Bereitschaft zur Betreuung von Abschiebehäftlingen nach massiven Bedrohungen durch Autonome zurückgezogen. Der Innenminister sollte darüber Aufschluß geben, welche Schritte unternommen wurden, um die Bedrohungen zu beenden und eine Betreuung der Abschiebehäftlinge sicherzustellen.

Einem Bericht der WAZ vom 04.01.1996 zufolge, kam es am 28. Dezember 1995 in Castrop-Rauxel zu einem Autorennen mit tödlichem Ausgang, an dem auch Polizeianwärter beteiligt gewesen sein sollen. Die Zeitung berichtet weiterhin, daß es Hinweise darauf gebe, daß die örtliche Polizei die Beteiligung von Polizisten habe vertuschen wollen. Der Innenminister sollte darüber Auskunft geben, ob dieser Vorwurf zutrifft und welche Maßnahmen er gegebenenfalls getroffen hat.

Mit freundlichen Grüßen

  
Heinz Paus



CDU-LANDTAGSFRAKTION  
NORDRHEIN-WESTFALEN

PLATZ DES LANDTAGS 1  
POSTFACH 10 11 43  
4000 DÜSSELDORF 1  
TELEFON (02 11) 8 84-  
TELETEX 2 11 40 94  
TELEFAX (02 11) 8 84-22 65

Heinz Paus  
MdL  
Innenpol. Sprecher

02.01.96  
2.2459/ma

An den  
Vorsitzenden des Innenausschusses  
im Landtag von Nordrhein-Westfalen  
Herrn Klaus-Dieter Stallmann MdL

im Hause  
=====

1. Fax an den Vorsitzenden  
02306 - 25005
2. Fax an IM - Fr. Bloch - evtl. Alie
3. O an Sprecher und Referenten  
des RW  
ab am 31.12.96  
Alie
4. W.V.  
3.2.96  
J

Sehr geehrter Herr Kollege,

für die nächste Sitzung des Innenausschusses am 18.01.96 bitte  
ich folgenden Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen:

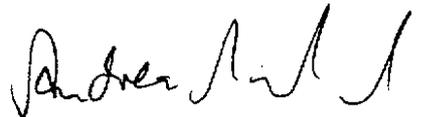
**"Diebstahl einer Akte der  
Staatsschutzabteilung des PP Bonn"**

Nach Presseberichten sollen sicherheitsrelevante Unterlagen über  
Schutzmaßnahmen für eine Reihe von Personen im Bereich der Stadt  
Bonn aus einem Dienstkraftfahrzeug der Bonner Polizei gestohlen  
und einem Redakteur des "Express" zugespielt worden sein.

Der Innenminister hat eine Untersuchung des Vorfalles  
angekündigt. Die CDU-Fraktion erwartet, daß darüber in der  
nächsten Sitzung berichtet wird.

Mit freundlichen Grüßen  
gez.

Heinz Paus

  
f.d.R. Andrea Machaczek





LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN

Heinz Paus

MdL

Innenpolitischer Sprecher  
der CDU-Landtagsfraktion

Anlage 5 zu APr 12/140

21.12.1995  
40221 Düsseldorf, den  
Platz des Landtags 1, Postfach 10 11 43  
Tel.: (02 11) 88 40 Durchw. 8 84-27 35

32760 Detmold  
Uferstraße 13  
Tel.: (0 52 31) 57 09 01

An den  
Vorsitzenden des  
Ausschusses für Innere Verwaltung  
Herrn Klaus Stallmann MdL

- im Hause -

Sehr geehrter Herr Kollege Stallmann,

namens der CDU-Landtagsfraktion bitte ich, für die nächste Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung einen Bericht des Innenministers zum Thema "Umsetzung der kürzlich vorgelegten Gutachten der Unternehmensberatungsgesellschaften Kienbaum und Wibera zur Polizeiorganisation" vorzusehen. Der Innenminister sollte Auskunft darüber geben, inwieweit er die Vorschläge der Gutachter mitträgt und wie er sich die Umsetzung der von ihm befürworteten Ergebnisse der beiden Gutachten vorstellt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Heinz Paus

F. d. B.

Weiterhin müßte festgestellt werden, welche Flüchtlinge in ihrer Heimat noch über intakten Wohnraum verfügen und welche zunächst auf internationale Hilfe beim Aufbau von Wohnraum und Infrastruktur zwingend angewiesen sind. Soweit das Innenministerium hierzu Erhebungen bei den Flüchtlingen durchführen müßte, sollte dies schnellstens geschehen.

Der Innenminister sollte in der nächsten Sitzung des Innenausschusses Auskunft darüber geben, wie die Landesregierung sich die Rückführung der Flüchtlinge vorstellt und ob das Land beabsichtigt, die Rückführung durch ein eigenes Reintegrationsprogramm zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Heinz Paus

F.F.R.





LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN

Heinz Paus

MdL

Innenpolitischer Sprecher  
der CDU-Landtagsfraktion

Anlage 6 zu AP<sup>12</sup>/140

21.12.1995  
40221 Düsseldorf, den  
Platz des Landtags 1, Postfach 10 11 43  
Tel.: (02 11) 88 40 Durchw. 8 84-27 35

32760 Detmold  
Uferstraße 13  
Tel.: (0 52 31) 57 09 01

An den  
Vorsitzenden des  
Ausschusses für Innere Verwaltung  
Herrn Klaus Stallmann MdL

- im Hause -

Sehr geehrter Herr Kollege Stallmann,

namens der CDU-Landtagsfraktion bitte ich, für die nächste Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung einen Bericht des Innenministers zum Thema "Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien" vorzusehen.

Mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton am 14. Dezember 1995 ist der Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina beendet. Die Innenministerkonferenz hat daraufhin beschlossen, daß der bestehende Abschiebestopp nach § 54 Ausländergesetz für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina zum 31. März 1996 ausläuft. Auch die Flüchtlinge aus Rest-Jugoslawien werden in nächster Zukunft zurückzuführen sein.

Derzeit leben nach Angaben des Innenministeriums 75.000 Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und weitere 65.000 aus Rest-Jugoslawien in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung sollte nun ein Konzept und einen Zeitplan für die Rückführung dieser Flüchtlinge erarbeiten. Hierbei müßte etwa berücksichtigt werden, welche Flüchtlinge die Möglichkeit besitzen, in ihre direkte Heimat zurückzukehren und bei welchen diese Möglichkeit wegen der neuen Grenzziehungen nicht besteht.





Anlage 7 zu APr 12/140<sup>14</sup>  
Landtag Nordrhein-Westfalen

Heinz Paus MdL

Landtag NRW Paus MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An den  
Vorsitzenden des Innenausschusses  
im nordrhein-westfälischen Landtag  
Herrn Klaus Stallmann MdL  
Postfach 101143

40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Tel. (02 11) 88 4 - 2735

Wahlkreisbüro  
Emilienstr. 12  
32756 Detmold  
05231/31464

Privatanschrift  
Uferstr. 13  
32760 Detmold  
05231/570901

5.12.1995

Betr.: Tagesordnungspunkt für die nächste Sitzung des Ausschusses

Sehr geehrter Herr Kollege Stallmann,

namens der CDU-Fraktion bitte ich Sie darum, das Thema "Härtefonds des Landes Nordrhein-Westfalen zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen" für die Tagesordnung der nächsten Sitzung vorzusehen.

Auf das Schreiben Ihres Vorgängers vom 10.11.1995 nehme ich Bezug.

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, daß die Richtlinien so geändert werden sollten, daß die Mitglieder des Beirates jeweils für die Dauer einer Legislaturperiode gewählt werden. In der nächsten Sitzung kann nach unserer Auffassung über eine Änderung der Richtlinien gesprochen werden. Die CDU-Fraktion sieht sich auch in der Lage, bereits einen Vorschlag für die Besetzung des Beirates zu unterbreiten.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

Heinz Paus MdL

Innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion

1. Fax an MM - B. Glocke -
2. B an Sprecher u. Referenten  
SPD / Grüne
3. Wv. (Anl. 2. TO 18.1.)

12.12.95  
F.

Dr. P.  
12.12.95





Fraktionsvorstand

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn  
Klaus Stallmann MdL  
Vorsitzender des Ausschusses für  
Innere Verwaltung

im Hause

Anlage 8 zu APr 12/140

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Landtag NRW  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Roland Appel, MdL  
Fraktionssprecher  
Telefon 0211/8842699/2175  
Telefax 0211/8843507

Gisela Nacken, MdL  
Fraktionssprecherin  
Dr. Manfred Busch, MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
Christiane Bainski, MdL  
Ute Koczy, MdL

Düsseldorf, 13.12.1995

Sehr geehrter Herr Stallmann,

die Kollegin Opladen hat in ihrem Schreiben vom 25.10.1995 darauf hingewiesen, daß der Härtefonds des Landes Nordrhein-Westfalens zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen nicht auf Zeit benannt worden ist.

Ich bin aus grundsätzlichen Erwägungen der Meinung, daß man durchaus die Amtszeit der Mitglieder an die Legislaturperiode binden sollte, da wir ja die Ernennung auf Lebenszeit wie auch die Monarchie sonst in der Demokratie selten kennen. Ich bitte daher, im Ausschuß darüber Übereinkommen anzustreben, § 9 Abs. 2 wie folgt umzuformulieren:

(2) Der Beirat besteht aus fünf Mitgliedern, die vom Ausschuß für Innere Verwaltung des Landtages für die Dauer einer Legislaturperiode benannt werden.

Ich meine, daß damit dem bestehenden Mangel abgeholfen werden könnte.

Mit freundlichen Grüßen

  
Roland Appel





LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN

Maria Theresia Opladen  
MdL

An den Vorsitzenden  
des Ausschusses für Innere Verwaltung  
Herrn Klaus Stallmann MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Anlage 9 zu APr 12/140

40221 Düsseldorf, den 02.01.1996  
Platz des Landtags 1, Postfach 10 11 43  
Tel. (0211) 88 40 Durchwahl 884 - 2711

Wahlkreisbüro:  
Hauptstraße 164 b  
51465 Bergisch Gladbach  
Tel. 0 22 02 - 93695-50  
Fax. 0 22 02 - 93695-22

Sehr geehrter Herr Kollege Stallmann,

wie in meinem Schreiben an den Ausschuß für Innere Verwaltung des Landtages Nordrhein-Westfalens vom 25.10.1995 mitgeteilt, wurde ich im Juli 1992 durch den Ausschuß zum ordentlichen Mitglied für den Beirat gemäß § 9 Abs. 2 der Richtlinien der Landesregierung vom 23.03.1993 benannt.

Eine Neubesetzung des Beirates durch den Ausschuß für Innere Verwaltung erfolgte auch nach Eintritt in die 12. Legislaturperiode nicht, so daß dieser in seiner bisherigen Besetzung noch weiter fortbesteht.

Angesichts dessen, daß ich neben meinem Landtagsmandat durch mein Amt als Bürgermeisterin der Stadt Bergisch Gladbach terminlich bereits sehr stark eingebunden bin, sehe ich mich außerstande, das Amt als Beiratsmitglied auch in Zukunft in der von mir erwarteten Weise auszuüben.

Ich lege daher das Amt als Mitglied für den Beirat hiermit nieder und bitte im Verständnis für diese Entscheidung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Maria Theresia Opladen MdL